



Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen im Zweckverband Großraum Braunschweig

Antrag

Stärkung des Zweckverbands Großraum Braunschweig

Beratungsfolge	Sitzung	öffentlich / nicht öffentlich
Verbandsausschuss	07.11.2013	nicht öffentlich
Verbandsversammlung	07.11.2013	öffentlich

Eine zukunftsorientierte Entwicklung der Region des Großraumes Braunschweig erfordert die Bündelung bestimmter kommunaler Aufgaben und eine Stärkung der kommunalen Interessenvertretung auf regionaler Ebene. Darin sind sich mit dem Thema befasste Fachleute, lokale und regionale Vertreter von Parteien und Institutionen und Verbände, insbesondere Arbeitnehmer- und Unternehmerverbände in der Region einig.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB)

begrüßt:

1. dass über eine Weiterentwicklung der Kommunalstrukturen in den Gebietskörperschaften der Region diskutiert wird und dabei die Stärkung des ZGB als administrative Klammer in der Region als eine von mehreren Handlungsoptionen angesehen wird,

stellt fest:

2. dass der ZGB zurzeit die einzige kommunal verfasste regionale Klammer von Gifhorn bis Goslar und von Helmstedt bis Peine im Großraum Braunschweig ist und eine Weiterentwicklung des ZGB zu einem Regionalverband verbunden mit einer Aufgabenerweiterung und der „Sprachrohrfunktion“ für die Region diese stärkt.

beauftragt:

3. die Verbandsverwaltung zeitnah unter Hinzuziehung von Experten Vorschläge zur Weiterentwicklung des ZGB zum Regionalverband mit einem erweiterten Aufgabenzuschnitt und der „Sprachrohrfunktion“ für die Region zu erarbeiten und die Ergebnisse den Verbandsorganen vorzulegen.

Ziel ist dabei insbesondere die Region als eine starke Wirtschafts- und Freizeitregion mit hoher Lebensqualität für die Menschen zu erhalten, weiterzuentwickeln und angesichts des strukturellen und demografischen Wandels sowie der schwierigen Finanzsituation vieler Kommunen zukunftssicher aufzustellen. Die Bürgerinteressen und die Verwaltungsökonomie sind dabei in Einklang zu bringen und die Anforderungen der Wirtschaft zu berücksichtigen.

b.w.

Dabei sollte u.a. geprüft werden:

- Neben den bisherigen Aufgaben sollte die Aufgabenerweiterung die Bereiche der freiwilligen und Pflichtaufgaben der Gebietskörperschaften umfassen, soweit diese zentral sinnvoller und zukunftssicherer erledigt werden können. Die Bürgernähe ist dabei zu beachten.
- Aufzeigen von grundsätzlichen Möglichkeiten für Kooperationen und Beteiligungen an regionalen Einrichtungen/Organisationen wie z.B. der Allianz für die Region.
- Darlegung von Finanzierungsmodellen für erweiterte Aufgabenerledigungen.

Die zur Zielerreichung notwendigen Schritte und Gesetzesänderungen sind aufzuzeigen.

gez.
Marcus Bosse
(Vors. SPD-Fraktion)

gez.
Reinhard Manlik
(Vors. CDU-Fraktion)

gez.
Elke Kentner
(Vors. B'90/Grüne-Fraktion)